

Zunehmende Repression

Nach den Wahlen gehen in Russland Staat und Gesellschaft zueinander auf Distanz

Ulrich M. Schmid · Auf die Wahl folgt die Repression: Kaum ist Wladimir Putin im Präsidentenamt bestätigt, zieht er die Schrauben wieder an. Zu Beginn dieser Woche führte die Polizei bei zehn prominenten Oppositionellen, darunter Alexei Nawalny, Sergei Udaltzow, Ilja Jasschin, Boris Nemzow und Xenia Sobtschak, Hausdurchsuchungen durch. Besonders im Visier hat die Staatsmacht den einflussreichen Blogger Nawalny. Am 5. Juni verurteilte ein Moskauer Bezirksgericht diesen zu einer Geldstrafe, weil er die Regierungspartei Einiges Russland in der Dezemberausgabe der Zeitschrift «Esquire» erneut als «Partei von Dieben und Betrügnern» bezeichnet hatte. Die Regierungspartei will Nawalny nun mit seinen eigenen Methoden schlagen. Am 13. Juni soll eine Website online gehen, auf der sich User über Nawalny und seine Diskreditierung der Regierungspartei beschweren können. Das erklärte Ziel dieser Aktion besteht darin, eine Sammelklage gegen Nawalny anzustrengen und ihn zu Entschädigungszahlungen zu zwingen. Im Moment hat allerdings Nawalny die Nase vorn. Die Hausdurchsuchung dokumentierte er mit Fotos auf seinem Twitter-Account – gezeigt werden zwei Beamte, die in der Stofftirsammlung von Nawalyns Kindern wühlen.

Das andere Inaugural-Dinner

Auch Xenia Sobtschak, die sich lange Zeit als Glamourgirl auf allen TV-Kanälen austobte, bekommt die Folgen ihres politischen Engagements zu spüren. Ende Mai wurde sie in letzter Minute als Moderatorin zweier Fernsehpreisverleihungen wieder ausgeladen. Bei der Durchsuchung ihres Hauses wurden 1,5 Millionen Euro gefunden – es wäre kaum erstaunlich, wenn die zweifelhafte Herkunft dieser Summe zum Anlass genommen würde, gerichtlich gegen die ehemalige Partylöwin und heutige Weggefährtin Nawalyns vorzugehen. Die russische Twitter-Gemeinschaft hat bereits einen neuen «Hashtag» für die Schläge gegen die Opposition geschaffen, die mit dem Stalin-Terror der dreissiger Jahre verglichen werden: #Hallo1937!

Nicht alle Intellektuellen gehen auf die Strasse und legen sich wie Nawalny oder Sobtschak direkt mit der Regierung an. Die Schriftstellerin Tatjana Tolstaja etwa skizziert in ihrem Blog Alternativen zum Inaugural-Dinner des neuen Präsidenten, das für «900 Dollar pro Fresse» den Gästen «traditionelle Gerichte der russischen Küche (Jakobsmuscheln, Kokosnüsse, Ratatouille)» vorgesetzt habe. Tolstaja schlägt vor, Putin hätte ja zum Spass auch die Geheimpolizei den Speisesaal im Kreml stürmen lassen können. P&P (Präsident und Premier) würden dann von Tisch zu Tisch gehen und mit den Verwundeten anstossen und mit ihnen «etwas Individuelles» scherzen. Oder noch besser (so fällt sich Tolstaja selbst ins Wort): Eine Truppe von Schauspielern, die Nawalny, Udaltzow und Jasschin darstellen, fährt auf einem Panzer in den Festsaal, fegt mit einem Maschinengewehr «alle Jakobsmuscheln und die übrigen Kiwis» hinweg

und lässt nur noch die eingesalzenen Gurken übrig. Eine dritte Variante bestünde in der Verteilung des durchschnittlichen täglichen Warenkorbs für russische Bürger: ein halbes Ei, 63 Gramm Früchte, 265 Gramm Kürbis und 364 Gramm Bohnen (inkl. Brot). Tolstajas grimmige Wortmeldung ist symptomatisch für die Distanz, die in Russland nach sowjetischer Manier wieder zwischen Staat und Gesellschaft herrscht.

Putins Selbstdarstellung

Dass in Russland seit dem 4. März ein kühlerer Wind weht, kann man direkt an der offiziellen Website kremlin.ru ablesen. Die Hauptreiter des Webauftritts lauten: Russland, Staat, Putin. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dies sei zugleich der Slogan des alten neuen Präsidenten. Wenn man auf «Putin» klickt, stösst man auf ein Fotoalbum mit 297 offiziellen Porträts während Staatsvisiten, Medienauftritten und Fabrikbesuchen. Die offizielle Biografie unterstreicht seine einfache Herkunft, sein Charisma und seinen Arbeitseifer. Unter «Interessen» finden sich lauter Bubenträume: Judo, Hockey, Skifahren, Fischen, Reiten und die bevorzugten Autos – Lada, Volga, Niva, ausgerüstet mit «Glonass», dem russischen Pendant zu GPS. Wörtlich heisst es auf der präsidentiellen Website: «Wladimir Putin stellte immer persönlich unter Beweis, dass man russische Autos kaufen kann und muss.» Ein politisches Programm ist auf der Website nicht vorhanden. Putin will dem einfachen Bürger offensichtlich nur ein Identifikationsangebot machen und ihn nicht mit komplizierten wirtschaftlichen oder rechtlichen Überlegungen verwirren.

Dazu passt die Art und Weise, wie das umstrittene Demonstrationsgesetz durch die Duma gepeitscht wurde. Bereits am vergangenen Freitag unterzeichnete Putin gegen den expliziten Rat seines Menschenrechtsbeauftragten Michail Fedotow dieses Rechtsdokument. Teilnehmer an Demonstrationen, die «die öffentliche Ordnung verletzen», können nun mit Bussen bis zu 9000 Franken belegt werden, Organisatoren müssen sogar mit Strafbefehlen bis zu 30 000 Franken rechnen. Die Eile war geboten: Bereits am 12. Juni fand der von den Veranstaltern etwas grossspurig angekündigte «Marsch der Millionen» in Moskau statt – die Behörden haben im Nachgang zu den Hausdurchsuchungen die Exponenten der Opposition genau an diesem Termin vorgeladen.

Verlorener Rückhalt

Putin scheint sich auf einen Zweikampf mit der Strasse vorzubereiten: Bereits in seiner ersten Amtszeit hatte er es nicht an Entschlossenheit mangeln lassen, wenn es um die Verhinderung einer farbigen Revolution nach georgischem oder ukrainischem Vorbild ging. Ein gewichtiger Unterschied zu den frühen 2000er Jahren liegt allerdings in den veränderten Rahmenbedingungen: Nach

der chaotischen Regierungszeit von Boris Jelzin genoss Putin mit seinem autoritären Stil breiten Rückhalt in der russischen Bevölkerung, und die sprudelnden Petrodollars liessen auch die Einkommen der einfachen Bürger stark ansteigen. Vom damaligen öffentlichen Vertrauen in die Regierung ist nichts mehr zu spüren – Wladimir Putin wird nicht umhinkommen, die von ihm geforderte Modernisierung des Landes auch auf sein eigenes politisches System anzuwenden.